



Wohnen muss bezahlbar bleiben

Die SPD schlägt Regulierung bei Mietpreiserhöhungen vor

Die SPD hat sich für das Jahr 2013 ein Thema groß und fett auf die Agenda geschrieben: **Wohnen muss bezahlbar bleiben.** In vielen Städten in der gesamten Republik – so zum Beispiel auch in Trier – zieht das Mietniveau enorm an. Die große Gefahr ist, dass Einkommensschwache nicht nur sinnbildlich an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Stephan Weil haben deshalb ein Positionspapier mit wichtigen Kernpunkten sozialdemokratischer Wohnungspolitik vorgelegt.

Im Bundesrat wird die SPD Merkmals unsoziale Mietrechtsänderungen aufhalten. Außerdem will die SPD die Mietpreisspirale stoppen. Eine Mietpreisbegrenzung für Bestand- und Neumieten muss her. Bei Neuvermietungen dürfen die Mieten künftig nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten soll eine Mieterhöhung auf 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden. Bei Sanierungen sollen Vermieter höchstens neun Prozent der Kosten pro Jahr auf die Miete umlegen dürfen. „Gute und energiesparende Wohnungen dürfen nicht zum

Luxusgut werden“, heißt es im Positionspapier wörtlich.

Hinzu kommt, dass Schluss sein muss mit horrenden Maklergebühren, die für Einkommensschwache die Wohnungssuche erschweren. Wenn ein Vermieter einen Makler bestellt, dann soll er ihn bezahlen. Es darf nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler

ein Geschäft zu Lasten der Mieter machen.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld, den die Merkel-Regierung gestrichen hat, wieder einführen.

Der Bund muss zudem die Soziale Wohnraumförderung weiter finanziell unterstützen. Der Bund darf die Länder und vor allem auch finanziell klamme Kommunen mit großen Wohnungsmarktspannungen nicht im Regen stehen lassen. Deshalb müssen die Kompensationsmittel des Bundes für die soziale Wohnraumförderung (ca. 518 Millionen Euro jährlich) bis 2019 fortgeführt werden. Wohnungs- und Baugenossenschaften wollen wir fördern und stärken.

Nach den massiven Streichungen durch Schwarz-Gelb will die SPD auch die Städtebauförderung wieder mit 700 Millionen Euro anpacken. Dazu gehört unter anderem, das Programm soziale Stadt zum Leitprogramm der Städtebauförderung zu machen. Denn Zusammenhalt und Teilhabe sind zentrale Voraussetzungen, um Solidarität und das demokratische Bewusstsein zu stärken.



Steigende Wohnkosten sind im gesamten Land ein ernstzunehmendes Problem

Foto: S. Hofschlaeger / pixelio.de

2 | Die Bundespolitik

Das neue Kindergeld

SPD plant Entlastung für Geringverdienende und mehr Gerechtigkeit für Familien

Die SPD will mit einem neuen Kindergeld für mehr Gerechtigkeit sorgen und Geringverdienende entlasten. Kernelemente des neuen Konzeptes sind die Staffelung des Kindergeldes nach Einkommen, die Zusammenführung von Kinderzuschlag und Kindergeld sowie die Streichung des Steuerfreibetrags für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung.

Möglichkeit. Die SPD will Kinderzuschlag und das bisherige Kindergeld zusammenführen zu einem gerechteren Kindergeld. Dazu gehört auch, dass der Kreis der begünstigten Familien bei zwei Kindern bis auf rund 3.000 Euro Bruttoeinkommen ausgeweitet werden soll. Der heutige Kinderzuschlag läuft bereits bei etwa 2.300 Euro aus.

Ein konkretes Beispiel für die

verdiener über das Kindergeld. Das trifft auf Paarfamilien mit zwei Kindern und einem zu versteuernden Einkommen von mindestens 70.000 Euro zu. Die SPD beendet diese Besserstellung und streicht den Steuerfreibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung. Es bleibt aber selbstverständlich dabei, dass für jedes Kind der entsprechende Kindergeldsatz bezahlt wird.



Das neue Kindergeld sorgt für mehr Gerechtigkeit – vor allem bei Eltern mit niedrigen Einkommen | Foto: Petra Bork / pixelio.de

Die von der SPD geplanten Änderungen betreffen in erster Linie Familien mit kleinen und mit besonders hohen Einkommen.

Familien mit einem Bruttohaushaltseinkommen bis ca. 3.000 Euro monatlich sollen in Zukunft einkommensabhängig ein höheres Kindergeld bekommen. Ehrlicherweise muss gesagt werden: Auch heute können Familien mit niedrigen Einkommen einen Zuschlag erhalten. Dieser Zuschlag ist jedoch wenig bekannt und kompliziert zu beantragen. Nur ein Drittel der Berechtigten nutzt deshalb diese

stärkere Förderung: Eltern arbeiten Vollzeit als Konditor/in bzw. halbtags als Verkäufer/in. Sie verdienen zusammen 2.500 Euro brutto. Sie erhalten durch das neue Kindergeld bei zwei Kindern 88 Euro mehr pro Monat (im Vergleich zur aktuellen Entlastung durch Kindergeld und Kinderzuschlag).

Neben der stärkeren Förderung Einkommensschwacher sieht das SPD-Konzept Änderungen für Familien mit hohem Einkommen vor. Heute erhalten diese Familien über die Kinderfreibeträge mehr Unterstützung als Normal- und Gering-

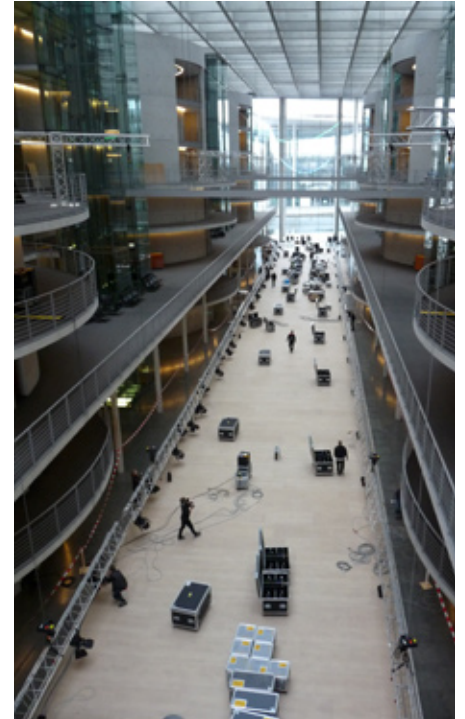
Für die meisten Familien, die sich in der Mitte der genannten Einkommensspanne befinden, ändert sich nichts. Sie bekommen – so wie heute – für die ersten beiden Kinder je 184 Euro Kindergeld, für das dritte Kind 190 Euro, für das vierte und jedes weitere 215 Euro monatlich.

Weitere Informationen zum Neuen Kindergeld im Internet auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion:

<http://www.spdfraktion.de/themen/neues-kindergeld-bringt-mehr-gerechtigkeit>

Umbau für die deutsch-französische Freundschaft

Der Deutsche Bundestag ist ein „Umbauparlament“. Regelmäßig wird geschraubt: Stühle rein, Bänke raus, Fenster geputzt, Aufzüge in Stand gesetzt. Anlässlich der großen Feier zu 50 Jahren Elysée-Vertrag am 22. Januar 2013 wurde wieder kräftig gewerkelt. Zum Empfang der französischen Parlamentarier und Regierung wurde das gesamte Foyer des Paul-Löbe-Hauses, in dem sich die Ausschüsse und Abgeordnetenbüros befinden, umstrukturiert. Der Fußboden angehoben und Platz für über 1.000 Gäste aus Bundestag und Assemblée Nationale geschaffen. Eine echte Meisterleistung für eine würdige Feier anlässlich der deutsch-französischen Freundschaft.



Umbauarbeiten fürs Mittagessen im Paul-Löbe-Haus

Spätzle, Schrippen und Schwabylon

Der Bundestagsvizepräsident will beim Bäcker „Schrippen“ kaufen, gleichzeitig wird in Berlin mit Spätzleinsatz randaliert und vier Straßenzüge wollen ihre Unabhängigkeit vom Rest der Stadt erklären. Und der ganze Unsinn wird von den Medien auch noch durch die gesamte Republik posaunt. So viele Absurditäten gibt es deutschlandweit wohl nur in Berlin. Doch der Reihe nach...

Ende des vergangenen Jahres – irgendwann zwischen Weihnachten und Silvester – gab Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse der Berliner Morgenpost ein Interview. Inhalte waren unter anderem seine Erfahrung in der Politik, die Demokratie, die Berlin-Bonn-Beziehungen und Ostdeutschland. Auf eine Frage des Journalisten nach

seinem Wahlkreis Prenzlauer Berg sagte Thierse, dass dort viele zugezogene Schwaben wohnen. Zum Verhältnis von Einheimischen und Zugezogenen ergänzte der Bundestagsvizepräsident, er wolle auch weiterhin „Schrippen“ beim Bäcker bestellen und nicht „Wecken“.

Na und? Eine Randnotiz in einem Interview? Nicht zwischen den Feiertagen in einer Zeit mit traditionell schwacher Nachrichtenlage. Die BILD-Zeitung widmete ihm daraufhin ihre Aufmerksamkeit, genauso wie die gesamte Berliner Journalistenszene und – na klar – SpiegelOnline.

Thierse erreichten daraufhin nach eigenen Angaben etwa 3.000 E-Mails mit Kritik, Belehrung, Beleidigungen und Beschimpfungen.

Eine Gruppe mit dem Namen

„Free Schwabylon“ bewarf Anfang des neuen Jahres eine Kollwitz-Skulptur in der Nähe von Wolfgang Thierse's Wohnung im Prenzlauer Berg mit Spätzle und fordert nun einen autonomen schwäbischen Bezirk in Berlin zwischen Danziger Straße, Metzger Straße, Schönhauser Allee und Prenzlauer Allee.

In der Bundestagskantine gibt es übrigens lecker Maultaschen. Guten Appetit!



Maultaschen aus der Bundestagskantine

4 | Aus Partei und Fraktion

Frohes neues Jahr!



Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stimmte am 6. Januar 2013 beim SPD-Neujahrsempfang in Trier die anwesenden SPD-Mitglieder und Gäste auf das wichtige Wahljahr 2013 ein. Die Jusos Trier-Saarburg waren gut vertreten und ließen sich die Gelegenheit für ein Foto mit Hannelore Kraft nicht entgehen.

Danke, Kurt Beck!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Kurt Beck gehört unser aller Dank für seinen Einsatz für die Menschen in unserem Land. Nach 18 Jahren Amtszeit ist Kurt Beck nicht mehr Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz. Damit endet eine Ära.

Was will man viel mehr sagen als „Dankeschön, Kurt“. Jede Rheinland-Pfälerin und jeder Rheinland-Pfälzer weiß, auf Kurt Beck war Verlass. Er hat unser Land wirtschaftlich topfit gemacht. Die SPD hat unter seiner Führung unser Land vor allem auch bei Fragen der Bildungsgerechtigkeit und der Kinderbetreuung nach vorne gebracht. Kurt Becks Politik stand und steht

für ein soziales Rheinland-Pfalz, das niemanden zurücklässt.

Ich bin froh, dass ich über all die Jahre meines politischen Schaffens auf kommunaler, Landes- und Bundesebene mit ihm zusammen arbeiten und ihn somit einen Stück auf diesem Erfolgsweg begleiten durfte.

Roger Lewentz und Malu Dreyer als seinen Nachfolgern im Parteivorsitz und im Ministerpräsidenten-Amt wünsche ich alles Gute und viel Erfolg.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

6. Januar 2013

Neujahrsempfang der Trierer SPD

9. Januar 2013

Treffen mit dem europapolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion Dänemarks in Berlin

10. Januar 2013

Klausurtagung der AG Europa in Berlin

11. Januar 2013

Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin, anschließend Sitzungswoche des Bundestages

20. Januar 2013

Neujahrsempfang SPD-Ortsverein Konz und Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes SPD Trier-Saarburg

22. Januar 2013

Feier anlässlich 50 Jahren Elysée-Vertrag in Berlin

24. und 25. Januar 2013

Sitzungen SPD-Kreistagsfraktion in Trier und SPD-Arbeitskreis VG Schweich in Fell

26. Januar 2013

Kappensitzung „Saar Narrenschiff Irsch“

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de